

23.11.2017

Kleine Anfrage 559

der Abgeordneten Alexander Vogt und Sven Wolf SPD

Die CDU-Mittelstandsvereinigung in Remscheid (MIT) will die "Zwangsgebühren" für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Was sagt der Ministerpräsident dazu?

Diversen Medienberichten zufolge ging es bei der letzten Sitzung der Remscheider CDU-Mittelstandsvereinigung heiß her. Zahlreiche Mitglieder sprachen sich öffentlichkeitswirksam gegen die "Zwangsgebühren" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Journalisten wurden sogar aufgefordert, "gegen die Steuereintreiber von ARD und ZDF zu schreiben". Über die CDU-Veranstaltung berichtete u.a. der Remscheider Generalanzeiger unter der Überschrift „Unternehmer üben Kritik am Staatsfunk“.

Diese Äußerungen stehen in klarem Gegensatz zu den im Koalitionsvertrag der in NRW regierenden Parteien getätigten Aussagen.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist im Abschnitt der Medienpolitik auf Seite 97 folgendes Bekenntnis zu lesen: "Die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten sind bedeutende Faktoren der Medienvielfalt und -wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Der WDR trägt dabei eine besonders herausgehobene Verantwortung für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Programme und Angebote für die Bürgerinnen und Bürger."

Unsere Demokratie lebt von gut informierten Bürgerinnen und Bürgern, die von einer vielfältigen Medienlandschaft partizipieren können. Neben den privaten Medienangeboten im TV, im Hörfunk und im Netz sowie einer Vielzahl von Verlagen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem gesetzlich verankerten Programmauftrag eine unverzichtbare Säule unserer Medienordnung. Die öffentlich-rechtlichen Sender liefern ein Programm, das den Ansprüchen nach Kultur, Information, Bildung, Sport und Unterhaltung gerecht wird und das sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen kann. Eine Abschaffung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hätte verheerende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und jede Forderung danach unterhöhlt unsere Demokratie. Umso mehr verwundert es, dass Christliche Demokraten lautstark danach rufen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet der Ministerpräsident, der zugleich der Vorsitzende der CDU NRW und stellvertretender CDU Bundesvorsitzender ist, das Vorgehen seiner Parteikollegen der MIT in Remscheid?

Datum des Originals: 23.11.2017/Ausgegeben: 27.11.2017

2. Welche Konsequenzen ziehen die Landesregierung und Ministerpräsident Laschet in seinen verschiedenen Funktionen hinsichtlich der Geschehnisse bei der CDU-Mittelstandsvereinigung?
3. Wie gedenkt die Landesregierung mit den Forderungen nach Abschaffung von "Zwangsgebühren" medial umzugehen, um weitere Schädigungen des öffentlich-rechtlichen Systems zu verhindern?

Alexander Vogt
Sven Wolf